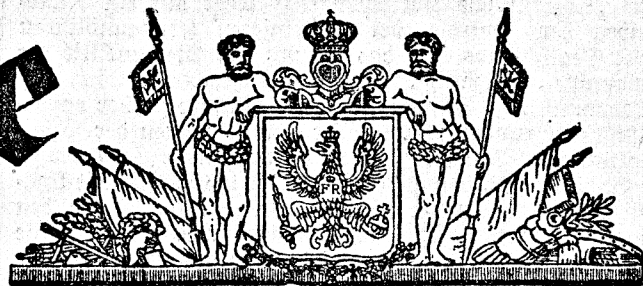


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 5 Mark und 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Um das Moratorium.

Ein Interview Bradburys — Richterne französische Pressestimmen — Lloyd George nimmt an der Lösung der Frage „regen“ Anteil.

vi Paris, 1. Dezember.

Der englische Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß, Sir John Bradbury, erklärte einem Mitarbeiter des „Intransigent“, der Anschlag erwartete gegenwärtig eine Mitteilung der deutschen Regierung — die offiziell mitgeteilt habe, sie könne ohne ausländische Kredite nicht zahlen — darüber, ob ihn die Erlangung von Krediten gelänge sei. Falls Deutschland solche Kredite unter gewissen Bedingungen zugesichert erhalten sollte, wäre es Sache des Ausschusses, diese Bedingungen daraufhin zu prüfen, ob sie ihm annehmbar erscheinen. Es wäre möglich, daß die deutsche Regierung mitteilen werde, sie habe die Kredite nicht erlangen können und bitte deshalb um Zahlungsausschuß. Der Wiedergutmachungsausschuß würde sich mit der Moratoriumsfrage, so erklärte Bradbury weiter, auch in diesem Falle nur befassen, wenn die deutsche Regierung ihm ein entsprechendes Gesuch unterbreitet, und das sei bisher nicht geschehen.

Bradbury lehnte es ab, sich darüber zu äußern, wie er persönlich sich zu einem solchen deutschen Ersuchen stellen würde. Er wies darauf hin, daß der Wiedergutmachungsausschuß bedingten Zahlungsausschuß mit Stimmenmehrheit beschließen könne, und bemerkte dann noch, nach seiner persönlichen Meinung würde es ein Unglück nicht nur für die Entente, sondern für die ganze Welt bedeuten, wenn ein Zahlungsausschuß auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses aufgezogen, d. h. im vorliegenden Falle Frankreich aufgezwungen würde. Er werde alles tun, um diese Eventualität zu vermeiden. Eine nähere Erörterung der Moratoriumsfrage müsse er ablehnen, solange sie dem Wiedergutmachungsausschuß nicht unterbreitet ist.

Bradbury äußerte im Laufe der Unterhaltung noch, die Angaben der Presse über seinen Meinungsaustausch mit der Londoner Regierung seien zum großen Teil unrichtig. Er habe Rathenau weder in London noch sonst irgendwo getroffen und Stinnes seit der Konferenz von Spa nicht wieder gesehen. Bradbury dementierte endlich die Nachricht, daß der Vorschlag eines Moratoriums von ihm ausgegangen sei.

Zu diesem Dementi kann ich auf Grund zuverlässiger Informationen bemerken, daß der Vorschlag eines eventuellen Moratoriums tatsächlich zuerst von einem anderen Mitgliede des Wiedergutmachungsausschusses gemacht worden ist.

Der französische Delegierte im Wiedergutmachungsausschuß Dubois hatte heute eine lange Unterredung mit Briand. Der „Intransigent“ will wissen, daß es sich dabei um die Frage des Deutschland zu gewährenden Moratoriums handelte.

Die „Liberté“ bestätigt, daß die Anregung, Deutschland einen Zahlungsausschuß zu gewähren, die Pariser politischen Kreise nicht überrascht hat, die seit einiger Zeit darauf gefaßt sein mußten. Das Blatt bemerkt, es komme darauf an, welche Kompensationen und Garantien Frankreich geboten werden. Der „Intransigent“ versichert, daß Frankreich den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Deutschlands im eigenen Interesse wünsche, und daß die Erholung der deutschen Mark auf die Ankündigung des eventuellen Moratoriums von den französischen Finanzkreisen freudig begrüßt worden ist. Frankreich müßte aber Sicherheiten dafür erhalten, daß der wirtschaftliche Wiederaufschwung Deutschland nicht zur Verweigerung späterer Zahlungen ermutige.

Der „Temps“ bezeichnet die Angriffe eines Teiles der französischen Presse gegen England als ungerechtfertigt, da England nur in Wahrung berechtigter Interessen handle. Die französischen Blätter täten nach seiner Ansicht gut, es der Pariser Regierung zu überlassen, England konkrete Vorschläge zu machen. Denn die Einigkeit unter den Verbündeten sei die Voraussetzung zur Erlangung der deutschen Zahlungen. Die Finanzlage Deutschlands könne durch negative Maßnahmen, wie durch die Stundung der Barzahlungen und den Ausschub des größten Teils der Sachleistungen nicht saniert werden. Die Sanierung wäre nur durch positive Maßnahmen, vor allem durch Organisation einer Kontrolle zu erzielen. Eine solche wäre aber nur bei aktiver und fortgesetzter Zusammenarbeit der Verbündeten möglich.

London, 1. Dezember. (W. T. B.)

Wie das Reutersche Büro erfährt, ist man im Schatzamt noch immer mit der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands beschäftigt, und sobald der jetzt der Erörterung unterliegende Plan, der ein Moratorium und einen dem Ferrerulenschen Schema ähnlichen Vorschlag einschließt, in

endgültiger Fassung aufgelegt und für die Beratung fertig ist, wird das Kabinett zusammentreten, um die Vorschläge eingehend zu erörtern. Lloyd George nimmt an den Bemühungen zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der Schwierigkeiten regen Anteil, und wenn es ihm möglich ist, ungefähr Mitte Dezember nach Washington zu reisen, hofft er, dann mit Harding verhandeln und ihm das Ergebnis der Erwägungen der Regierung und auch das Ergebnis der Besprechungen der letzten Tage in greifbarer Form vorlegen zu können. Wie verlautet, ist die Kabinettsitzung nur darum verschoben worden, weil gewisse Einzelheiten des Planes noch nicht fertig sind. Es ist jetzt nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George mit Rathenau zusammentreffen wird, obwohl der Ministerpräsident mit den Ansichten Rathenaus schon durch Vermittlung des Schatzkanzlers Horne genügend bekanntgeworden ist.

Japans Chinapolitik.

Direkte Verhandlungen über Schantung und Kiautschou. — Truppenzurückziehung, „sobald China für Ruhe und Ordnung“ sorgt.

* Washington, 1. Dezember.

In ihrer gestrigen Sitzung stellte die Kommission für den Fernen Osten, wie „Chicago Tribune“ meldet, fest, daß auf die Initiative von Hughes und Balfour die Vertreter Chinas und Japans einwilligt haben, direkte Verhandlungen wegen Schantung und Kiautschou zu führen.

Im Namen der japanischen Delegation wurde erklärt, daß Japan keine Angriffsabsichten gegen China hegt, und das es keineswegs der chinesischen Autorität Abbruch tun will, wenn es Garnisonen in China unterhält. Die Japaner erklärten:

1. Japan wird die Truppenmacht zurückziehen, die die Schantungbahn bewacht, sobald China bereit ist, den Schutz durch eigene Mittel sicherzustellen. Der Schutz der südmandschurischen Bahnen wurde Japan von China im Vertrage von Peking 1905 zuerkannt. Er bleibt unerlässlich infolge der immer wiederholten Angriffe vor Räuberbanden.

2. Infolge der ersten chinesischen Revolution 1911 landeten Japan und die Großmächte Truppen in die Gegend von Hankau; seitdem ist die Gegend unruhig. Die Anwesenheit der Truppen ist daher erforderlich, und sie wird es bleiben, so lange nicht China Maßnahmen ergriffen haben wird, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

3. Die Einrichtung der fremden Garnisonen in Nordchina wurde nach dem Boxeraufstand 1900 anerkannt. Japan wird im Einvernehmen mit den anderen Mächten seine Garnisonen zurücknehmen, sobald es die Umstände gestatten.

4. Die japanischen, längs der chinesischen Bahnlinie verteilten Truppen haben nach dem Abkommen von Wladivostok (1919) die Aufgabe, die Verbindung zwischen den japanischen Abteilungen in Sibirien und der Südmandschurei aufrechtzuerhalten. Sie werden abberufen, sobald die Räumung Sibiriens erfolgt ist. Die Gesamtzahl der japanischen Truppen in China selbst übersteigt nicht 4500 Mann.

Die Beibehaltung der japanischen Polizei in der Mandschurei und in den offenen Häfen Chinas wird in der japanischen Erklärung durch folgende Erwägungen gerechtfertigt: Sie beschränkt sich auf den Schutz und die Kontrolle der japanischen Staatsangehörigen, auf die Verhinderung von Verbrechen durch Japaner und auf die Verfolgung japanischer Verbrecher, da die Nähe der beiden Länder bei den japanischen Verbrechern den Wunsch entstehen läßt, nach China, und besonders nach der Mandschurei, zu flüchten.

Die chinesische Abordnung wird auf die Mitteilung der japanischen Delegation antworten.

vi Paris, 1. Dezember.

Dem „Temps“ wird aus Tokio geteilt, daß die Stimmung zu größerem Entgegenkommen Japans in der Seeabriegelungsfrage zunimmt. Der Regent richtete einen Aufruf an das japanische Volk, in dem er verheißt, er wolle nach den Grundgesetzen des Kaisers Meiji regieren und so die Entfaltung der Beziehungen zu den fremden Mächten stärken.

1 Dollar = 181.81 Mark.

Neu York, 1. Dezember. (W. T. B.)

Mark-Schlusskurs 0,55 cents für 1 Mark.

Stresemanns Stuttgarter Sieg.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

M. R. Stuttgart, 1. Dezember.

Der Stuttgarter Parteitag hat heute Abend der Führung der Deutschen Volkspartei einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und die Haltung der Reichstagsfraktion gebilligt. Es war ein leichter Sieg Dr. Stresemanns, denn wenn sich auch im Gegensatz zu Nürnberg Opposition zeigte, so war es doch nur eine Stimme und auch die lönte anders, als man erwartet. Man hatte einen Vorstoß gegen die Führung von dem rechten, nach der deutschnationalen Seite neigenden Flügel der Partei erwartet. Hatte doch gestern im Zentralvorstand dieser rechte Flügel die „große Koalition der Mitte“ verpönt, und Dr. Gildemeister, den die Deutschnationalen fast schon als den ihren reklamieren, gefordert, daß auf dem Parteitag kein Wort von einem Eintritt der Volkspartei in diese Koalition gesprochen werden dürfe. Diese Opposition hat heute geschwiegen. Der Angriff gegen die Führung kam vom linken Flügel, als dessen Sprecher der sächsische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Kaiser auftrat. Er wies darauf hin, daß die Politik der Reichstagsfraktion nicht geradezu genug sei und mitunter von Stimmungen, statt von realpolitischen Bewegungen sich leiten lasse, mehr von nationalen Gefühlsmomenten als nüchternen Wertung politischer Notwendigkeiten. Daß die Volkspartei das Kabinett Fehrenbach habe mitführen zu helfen, sei ein Fehler gewesen, daß sie um des Londoner Ultimatums willen ihre Wählpositionen im Reich aufgegeben habe, ebenfalls. Was hat, so fragte der Redner, die Fraktion während des letzten Jahres erreicht? Ihre Politik sei mehr negativ als positiv gewesen. Eine zahlenmäßig allerdings nicht starke Gruppe klatschte Beifall, die Mehrheit zischte und wollte raschen Schluß der Rede erzwingen. Der Redner ließ sich freilich dadurch nicht irritieren, aber seine Mühe war umsonst. Man wollte nicht diskutieren, sondern demonstrieren. Dr. Stresemann hatte unter diesen Umständen leichtes Spiel. Mit seiner Replik endete auch die politische Aussprache. Der Parteitag wünschte keinen weiteren Redner zu hören.

Die Aussprache selbst hat, wie in Nürnberg, auf keinem hohen politischen Niveau gestanden. Sie beschränkte sich auf Parteipolitik, streifte kaum die wichtigsten Fragen der inneren Politik, auch nicht die der großen Koalition, und ging an den großen Fragen der äußeren Politik vorbei, die Stresemann leise andeutend und vorsichtig umschreibend, weil die Dinge noch so im Flusse sind, daß von ihnen im Augenblick nicht anders als in großen Umrissen gesprochen werden kann, berührt hatte. Ein politisch geschultes Ohr konnte aus diesen Andeutungen und Umschreibungen manches heraushören, von dem, was in diesen Tagen hinter den Kulissen des politischen Welttheaters vorbereitet und in den nächsten Tagen vielleicht schon gespielt werden wird. Stresemann schien absichtlich den außenpolitischen Teil vorangestellt zu haben, um dem Parteitage möglichst deutlich zu machen, daß die wichtigsten außenpolitischen Vorgänge jetzt die innerpolitische Haltung der deutschen Volkspartei diktiert werden müssen, eine Haltung, die nur von sachlichen Erwägungen bestimmt werden dürfe und ein sachliches Zusammenarbeiten auch mit der Sozialdemokratie im Rahmen der großen Koalition zur wahren nationalen Pflicht mache.

In diesem Sinne leitete er auch von der Besprechung der äußeren zu der der inneren Politik über. Er hatte am Schluß seiner außenpolitischen Betrachtungen noch die Haltung Frankreichs erörtert. In Frankreich bestehe noch immer der Gegensatz zwischen den reinen Politikern und den Wirtschaftspolitikern. Es werde noch die große Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Richtungen kommen müssen. Die Wirtschaftler erkennen mehr und mehr, daß Frankreichs Schicksal mit dem Deutschlands verknüpft sei. Die reinen Politiker aber glauben, berufen zu sein, das Testament Napoleons I. durchzuführen, der gesagt haben soll, er sei an drei Fehlern gescheitert, daß er Preußen nicht genügend geschwächt, Polen nicht genügend gestärkt und Rußland nicht genügend erkannt habe. Briand versuche zwischen diesen beiden Richtungen zu lavieren. Frankreich müsse, wenn es eine Verständigung mit Deutschland wolle, seine Politik revidieren, auf deren Konto Oberschlesien, die französische Gefandtschaft in München und die Unterstützung Dorrens zu setzen sei. Das Wort Briands von der „moralischen Abrüstung“ könne man an Frankreich zurückgeben. Unsere Feinde sähen es gerne, wenn Teile Deutschösterreichs mit Teilen Deutschlands zusammen, losgelöst vom Deutschen Reich, sich zu einer süd-deutschen katholischen Monarchie verbänden. Dieser Gedanke muß zerschellen an dem Einheitswillen unseres deutschen Volkes. Ich bitte, sagt Dr. Stresemann, mit einer ganz deutlichen Beziehung auf gewisse Proklamationen der jüngsten Zeit in München, unsere süddeutschen Freunde dieser Gedanken immer nur unter dem großen außenpolitischen Gesichtspunkt zu betrachten.

Wer jetzt eintritt für eine aktuelle Lösung der monarchischen Frage in Süddeutschland, der lege sich da